



Pressemitteilung

10. September 2024

BVMB beklagt „Frontalangriff auf die Arbeitgeber“

Verband kritisiert erneut SPD-Pläne für Bundestariffreugesetz und höheren Mindestlohn

Bundesarbeitsminister Hubertus Heil (SPD) hat diese Woche einen Gesetzentwurf zur „Stärkung der Tarifautonomie durch die Sicherung von Tariffreue bei der Vergabe öffentlicher Aufträge des Bundes und weitere Maßnahmen“ in die Ressortabstimmung gegeben. Darüber hinaus hat er seine Position bekräftigt, den gesetzlichen Mindestlohn erneut anheben zu wollen. Bei der Bundesvereinigung Mittelständischer Bauunternehmen e.V. (BVMB) stoßen diese Planungen auf harsche Kritik: „Die SPD fühlt sich offenbar nach den vergangenen Wahlniederlagen derart unter Druck, dass sie nun mit verzweifelten Aktionen krampfhaft versucht, verprellte Arbeitnehmerklientel als Wähler zu werben“, kritisiert BVMB-Hauptgeschäftsführer Michael Gilka. Der Verband sieht darin einen „Frontalangriff auf die Arbeitgeber“ und die Tarifautonomie. Die Politik verspreche Bürokratieabbau und produziere stattdessen immer mehr Bürokratie, verweist Gilka auf einen enormen Aufwand für Nachweis und Kontrolle, den das Gesetz für die Wirtschaft verursachen würde. „Die Verwaltung bekommt ja kaum notwendige Planungen, Genehmigungen und Ausschreibungen im Baubereich auf die Reihe – wie will sie denn jetzt auch noch diese neuen Prüfungen bei öffentlichen Vergaben durch eine neu zu schaffende Prüfstelle „Bundestariffreue“ in der Praxis umsetzen?“, fragt der Verbandsvertreter. In der aktuellen Lage brauche die Wirtschaft Entlastungen anstatt neuer Belastungen. Es geht um Vereinfachungen und neue Impulse und nicht um eine weitere „Gängelung“ der Unternehmen unter dem Vorwand, tarifgebundene Unternehmen hätten Wettbewerbsnachteile.

BVMB warnt vor „neuem Bürokratiemonster“

„Das von der SPD vorgeschlagene Bundestariffreugesetz ist so überflüssig wie ein Kropf“, schimpft BVMB-Hauptgeschäftsführer Michael Gilka. „Wenn ein Betrieb die Tarifverträge unterlaufen will, schafft er das auch mit einem solchen Gesetz.“ Für alle anderen Firmen würde das Gesetz „eine weitere Wagenladung unnötige Bürokratie“ verursachen. Sie müssten aufwendig Nachweise führen, die dann von der zuständigen Stelle der öffentlichen Verwaltung „mit Sicherheit nicht einmal kontrolliert werden könnte“. Gilka verwies auf einen chronischen Personalmangel und vielfach fehlende Fachkunde bei der öffentlichen Hand.

„Wir in der Bauwirtschaft sehen das ja bereits daran, dass die öffentlichen Auftraggeber nicht einmal die Kapazitäten haben, ausreichend vernünftige Ausschreibungen für Bauprojekte auf den Markt zu bringen. Sollen die Kapazitäten jetzt auch noch für die Kontrolle unnötiger Hinweise verbrannt werden?“

Bauwirtschaft bezahlt „übertariflich“

Für ihre Mitgliedsbetriebe legt die BVMB zudem „die Hand ins Feuer“, dass sie die Tarifbestimmungen auch ohne Gesetz einhalten, da die Bauwirtschaft in Zeiten des deutschlandweiten Fachkräftemangels ohnehin seit Jahren um Personal kämpft und sich gar nicht leisten kann, unter Tarif zu bezahlen. Auch die von der SPD angekündigte erneute Erhöhung des gesetzlichen Mindestlohns stößt auf Kritik der Bundesvereinigung Mittelständischer Bauunternehmen. „Wir gönnen jedem Mitarbeiter eine anständige Entlohnung. Aber in der aktuellen Wirtschaftslage ist es nicht nur für die Bauwirtschaft erheblich kontraproduktiv, jetzt erneut über höhere Mindestlöhne nachzudenken“, stößt Gilka sauer auf, dass die SPD offenkundig nach den Wahlniederlagen in Thüringen und Sachsen jetzt auf Kosten der Arbeitgeber „verzweifelten Wahlkampf“ betreibt. Höhere Mindestlöhne würden automatisch dazu führen, dass auch die unteren Lohngruppen innerbetrieblich unter Erhöhungsdruck geraten. „Das wäre aktuell Gift für die Wirtschaft und für die Arbeitgeber Steine statt Brot – wenn jetzt das gesamte Lohngefüge noch einmal ansteigt, werden auch in der Bauwirtschaft immer mehr Unternehmen, insbesondere im Wohnungsbau, entweder die Segel streichen oder zusätzliche Arbeitsplätze abbauen müssen“ rechnet Gilka vor. Zudem sei für die Bauwirtschaft in Tarifverhandlungen gerade erst im Frühsommer eine deutliche Erhöhung der Löhne und Gehälter für alle Beschäftigten vereinbart worden. Er verweist auf die Tarifautonomie und fordert die SPD auf, das Thema nicht zu Wahlkampfzwecken zu missbrauchen. Stattdessen solle die SPD in der Ampel darüber verhandeln, wie man die Steuer- und Abgabenbelastung für niedrige und mittlere Einkommen senken kann, so dass mehr netto vom brutto bei den Beschäftigten ankommt, fordert der BVMB-Verbandschef.

RA Dirk Stauf

Bundesvereinigung Mittelständischer
Bauunternehmen e.V.
Königswinterer Straße 329
53227 Bonn
Tel.: 0228 91185-16
E-Mail: stauf@bvmb.de

BVMB

Die BVMB ist ein bundesweit tätiger, tarifpolitisch ungebundener Wirtschaftsverband, der die Wirtschafts-, Markt- und Wettbewerbsinteressen seiner mittelständischen Mitgliedsunternehmen auf politischer Ebene sowie gegenüber Auftraggebern aus allen Baubereichen vertritt. Bereits seit 1964 setzt sich die Bundesvereinigung Mittelständischer Bauunternehmen e.V. (BVMB) für die Interessen der mittelständischen Bauwirtschaft ein. Unsere Mitgliedsunternehmen erwirtschaften mit ihren insgesamt mehr als 250.000 Mitarbeitern ein Umsatzvolumen von rund 30 Mrd. Euro pro Jahr. Aufgrund der Strukturen unserer Mitgliedsunternehmen – von kleineren und größeren – bis hin zu sehr großen Straßen-, Brücken-, Hoch-, Erd-, Gleisbau- oder Bahnsicherungsunternehmen sowie deren Lieferanten, deckt die BVMB einen Großteil des Spektrums der deutschen Bauwirtschaft ab.